

PLANZEICHEN UND FESTSETZUNGEN

- ART DER BAULICHEN NUTZUNG
 - GE GEBIET
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
 - III ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS HÜCHSTGRENZE
MAX. TRAUFGHÖHE 10,00 M, MAX. FIRSTHÖHE 12,00 M
 - GRZ GRUNDFLÄCHENZAHL, Z. B. 0,6
 - GFZ GESCHOSSFLÄCHENZAHL, Z. B. 1,2
- BAUWEISE, BAUGRENZE
 - 0 OFFENE BAUWEISE
DIE ZULÄSSIGE GEBÄUDELÄNGE VON 50,00 M KANN AUSNAHMSWEISE ÜBERSCHRITTEN WERDEN, SOFERN DIE IM PLAN FESTGESETZTEN BAUZONEN EINGEHALTEN WERDEN.
 - BAUGRENZE
 - NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFREIFLÄCHEN
- FLÄCHEN FÜR VERSORGLAGS-ANLAGE
 - UMFORMERSTATION
- VERKEHRSFLÄCHE
 - STRASSENABGRENZUNGSLINIE MIT BÜRGERSTEG UND BAUMBEPFLANZUNG
- WASSERFLÄCHE
 - WASSERLAUF
- AUFSCHÜTTUNGEN
 - DIE GESAMTE UNBEBAUTE FLÄCHE IST AUF 100,00 M UNN. AUFZUFÜLLEN.
- GRÜNFLÄCHE
 - ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE
- SONSTIGE ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHEN, DARSTELLUNGEN VON FESTSETZUNGEN
 - MIT GEM., FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN
 - UNTERIRDISCHE HAUPTVERSORGUNG-S- U. HAUPTABWASSERLEITUNGEN
 - GLEISANLAGE
 - ZU PFLANZENDE STRÄUCHER (LÄRM- UND SICHTSCHUTZ)
 - ZU PFLANZENDE BÄUME ENTLANG DER NEUBAUSTRASSE (HOCHSTÄMME, ABSTAND 10 - 15 M) QUERCROSS PALUSTRIS PFLANZUNG ERST NACH ANLEGUNG DER GRUNDSTÜCKSZUFÄHRTEN
 - IN GEBIETEN SIND 20% - 40% DER NICHT ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFREIFLÄCHEN ALS GRÜNFLÄCHE ANZULEGEN UND ZU UNTERHALTEN. DIESE GRÜNFLÄCHEN SIND AUSSCHLIESSLICH MIT BÄUMEN UND STRÄUCHERN ZU BEPFLANZEN (1 BAUM ENTSPRICHT DABEI 10 QM, 1 STRAUCH 1 QM).
 - BÜSCHUNGEN
DIE EIGENTUMER DER BETROFFENEN GRUNDSTÜCKE SIND VERPFLICHTET, DIE ANLAGE VON BÜSCHUNGEN AUF IHREN GRUNDSTÜCKEN ZU DULDEN.

MASSNAHMEN ZUR LUFTREINHALTUNG

ZULÄSSIG SIND GEMÄSS § 1 ABS. 5 UND 9 BAUNUTZUNGSVERORDNUNG NUR BETRIEBE, VON DENEN KEINE STÖRENDE, BODENNAHME GERUCHS- ODER SCHADSTOFFEMMISSIONEN (GAS- ODER STAUBFÖRMIG) AUSGEHEN. DIE EMISSIONEN SIND NACH ZIFFER 2,6 TA-LUFT ABZULEITEN.

- STÖRENDE EMISSIONEN IM SINNE DIESE FESTSETZUNGEN SIND EMISSIONEN, DIE IN ANWENDBAREN BZWL. IM UNMITTLBAREN EINWIRKUNGSBEREICH GEFÄHRLICHER WOHNRUMSTÜCKE ODER SONSTIGEN SCHUTZBEDÜRFTIGEN GEBIETEN ZU UNZUMUTBAREN IMMISSIONSEINWIRKUNGEN IM SINNE DES § 40c BODENVERHÄLTNISSE FÜHREN KÖNNEN.

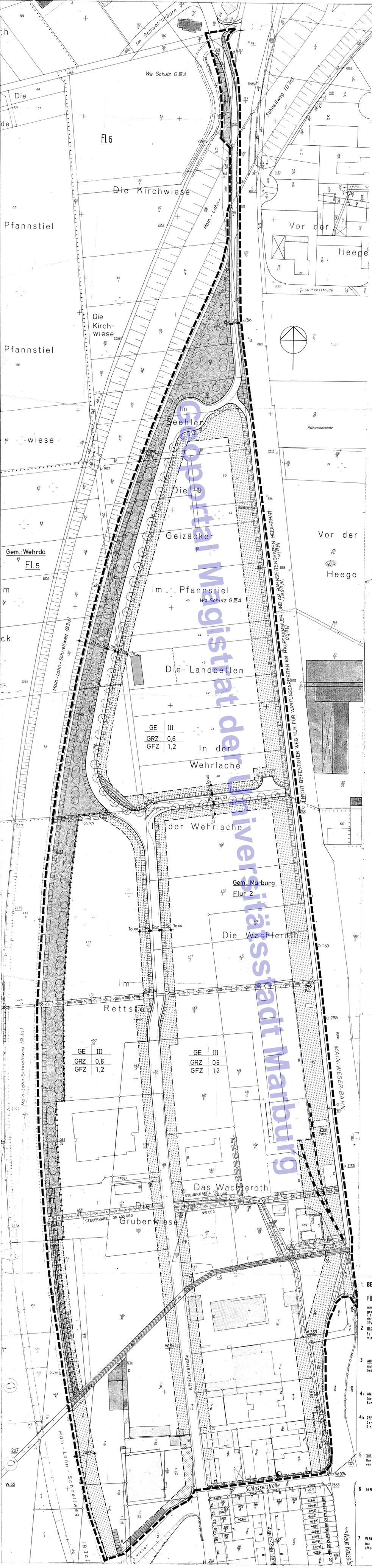
- BODENNAHME EMISSIONEN IM SINNE DIESE FESTSETZUNGEN SIND EMISSIONEN, DEREN UNFESTER ABTRANSPORT MIT DER FREIEN LUFTSTRÖMUNG NICHT GEWÄHRLEISTET IST. DAS IMMISSIONSNIVEAU DER IM EINWIRKUNGSBEREICH GEFÄHRLICHER WOHNRUMSTÜCKE ODER SONSTIGEN SCHUTZBEDÜRFTIGEN FLÄCHEN IST GEMÄSS ZIFFER 2,6 DER TA-LUFT IN DIE BEURTEILUNG DES UNFESTEN ABTRANSPORTES MIT DER FREIEN LUFTSTRÖMUNG (UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER INVEPSIONSGRENZE BEI STRAHLUNGSINVERSIONEN) EINZUBEZIEHEN.

- WECHSELNDE ÜBERGANGSFLÄCHEN
 - VORHANDENE GEBÄUDE
 - VORHANDENE FLURSTÜCKSGRENZEN
 - FLURSTÜCKSNUMMER
 - FLUR
 - MAUER - BRÜCKENAUFLAGER

AUFGESTELLT:
MARBURG, DEN 1.2.82
"PLANUNGSABTEILUNG"

FICHTNER
DIPL.-ING.

NAU
ING.-GRAD.



1. BEBAUUNGSPLAN DER STADT MARBURG NR 6/4
FÜR DAS GEBIET GEWERBE- UND ZUGLEICH
ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR 6/20

nach den Bestimmungen des Bundesbaugesetzes - d. F. vom 18.9.1976 (BGBl. I S. 2256) zuletzt geändert durch Gesetz vom 6.7.1979 (BGBl. I S. 943) in Verbindung mit der Baunutzungsverordnung d. F. vom 15.9.1977 (BGBl. I S. 1783) und der Planzonenverordnung vom 30.7.81 (BGBl. II S. 833) sowie der Hess. Bauordnung d. F. vom 18.12.1977 (GVBl. 1978 I S. 2) geändert durch die Gesetze vom 6.9.1978 (GVBl. I S. 317) und vom 10.7.1979 (GVBl. I S. 179).

2. BESCHIEGUNG DES KATASTERAMTES
Es wird bescheinigt, daß die Grenzen und Bezeichnungen der Flurstücke mit dem Nachweis des Liegenschaftskatasters übereinstimmen.
Der Landrat des Kreises Marburg-Biedenkopf - Katasteramt - im Auftrag
Marburg, den 25.06.1982
Mischl Vermessungsdirektor

3. AUFSTELLUNGSBESCHLUSSVERMERM
Aufstellung des Bebauungsplanes durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen am 30.09.77

4. ANORDNUNGSVERMERM
Die Bürgeramtrung hat gem § 24 Abs. 2 BauNVO am 03.09.80 das 06.10.80

5. OFFENLEGUNGSVERMERM
Der Planentwurf hat in der Zeit vom 26.4.82 bis 28.05.82 öffentlich ausgelegen. Die Bekanntmachung der Planauslegung war im Verzeichnis der Stadtverwaltung vollendet.

6. SATZUNGSBESCHLUSSVERMERM
Der Bebauungsplan ist als Satzung gemäß § 2 Abs. 1 BauNVO von der Stadtverordnetenversammlung am 22.05.1982 beschlossen worden.

6. GENEHMIGUNGSVERMERM
Genehmigt mit Vlg. vom 22. Mai 1984 Az. 4-01 d 04/01 Giessen, den 22. Mai 1984 Der Regierungspräsident im Auftrag

7. VERMERM ÜBER DIE AMTLICHE BEKANNTMACHUNG
Die Genehmigung des Bebauungsplanes wurde am 02.06.1984 öffentlich bekanntgegeben.